

ISRAEL AM SCHEIDEWEG

Vor fast 37 Jahren bin ich zum ersten Mal nach Israel gereist. Seither habe ich das mehr als 60-mal getan. Ich bin Mitglied der DIG seit 1967, Schatzmeister seit Anfang der neunziger Jahre und Präsident seit 1994. Seit 1996 bin ich Governor der Universität Haifa und seit 2001 dort Chairman of the Board of Governors.

Ich liebe Israel und seine Menschen. Ihnen und den Juden in aller Welt fühle ich mich in tiefer Solidarität verbunden. Daran wird sich auch für den Rest meines Lebens nichts ändern.

Ich habe das vorausgeschickt, um die **große Besorgnis**, die mich seit einiger Zeit beherrscht, vielleicht noch plausibler zu machen. Ich weiß sehr wohl, dass ich als Präsident der DIG zu einiger Zurückhaltung verpflichtet bin. Ich weiß auch, dass unter unseren 5.000 Mitgliedern die Meinungen über israelische Politik und die Zukunft des Landes weit auseinandergehen.

Heute Abend aber muss ich Ihnen sagen, dass die an sich gefragte „political correctness“ sich bereits seit längerer Zeit mit meinen großen Sorgen streitet.

Deshalb habe ich mich, auch nach vielen Gesprächen mit israelischen Freunden, dazu entschlossen, diese Besorgnisse zu formulieren und meinen kurzen Vortrag auch den anderen Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Wohlgemerkt – es handelt sich hier um meine persönliche Meinung, um sonst nichts!

„Israel am Scheideweg“ – diesen Titel habe ich bewusst gewählt. Damit will ich deutlich machen: Ein Fortdauern der augenblicklichen Lage, aber auch ein Beharren auf den gegenwärtigen politischen Positionen kann auf längere, vielleicht schon auf mittlere Sicht das zerstören, was der **Traum der zionistischen Väter des Staates Israel** gewesen ist: Eine friedliche, tolerante, demokratische, international akzeptierte und sich gesellschaftlich entwickelnde Heimstatt für alle Juden.

Wenn Israel als „jüdischer Staat“ überleben, blühen und gedeihen will, und das ist wohl für uns alle ein brennender Herzenswunsch, wird sich diese Lage deutlich ändern müssen, was auch schwierige politische Entscheidungen impliziert.

Zunächst will ich meine Befürchtungen mit einigen, wenigen Fakten unterlegen:

- Seit dem Beginn der so genannten „Al Aqsa Intifada“ 2000 ist das israelische **Bruttosozialprodukt pro Kopf** um mehr als 5 % gesunken. Der **Einkommensunterschied** zwischen den obersten 10% und den untersten 10% der Bevölkerung ist in der gleichen Zeit vom 10-fachen auf das 13 ½-fache gestiegen. Und die **Arbeitslosigkeit** hat sich zu einem ernststen Problem ausgewachsen.
- Der **Rückgang der internationalen Netto - Investitionen** ist beachtlich, zumal eine ganze Gruppe amerikanischer und anderer Juden aus der Diaspora ihr Kapital nach Hause holen.
- Über den **Einbruch des Tourismus** und der mit ihm verbundenen Wirtschaftszweige ist schon so viel berichtet worden, dass ich auf Zahlen verzichten kann.
- Innerhalb der eigentlichen Grenzen Israels **nimmt der Anteil der jüdischen Bevölkerung** ab. Und das hat nicht nur mit der höheren Geburtenrate der israelischen Araber zu tun. Die Immigration aus der früheren Sowjetunion geht ihrem Ende entgegen. Gleichzeitig aber nimmt die Emigration aus Israel zu. Das ist übrigens nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu sehen. Allzu häufig handelt es sich hier um aktive, dynamische Menschen, die ihre persönliche und berufliche Zukunft in anderen Teilen der Welt suchen.
- Kluge Beobachter wie David Horowitz, der Herausgeber des „Jerusalem Report“, berichten über eine **Entfremdung zwischen Israel und der weltweiten jüdischen Diaspora**. Ich kann das nicht beurteilen. Wenn es aber wirklich stimmt, dann muss es schwerwiegende Folgen haben. Sie haben nicht nur mit Geld zu tun, sondern vor allem mit der

- Bereitschaft, sich moralisch, politisch und gesellschaftlich rückhaltlos hinter Israel zu stellen
- Auch dies mag ein Grund für die **deutlichere Isolierung des Landes** sein, das ich so sehr liebe. Es schmerzt mich tief, wenn bei der Abstimmung über UN-Resolutionen zum Nahen Osten außer den USA nur Mikronesien und die Marshall-Inseln zu Israel stehen. Beim letzten Mal haben es 133 Staaten nicht getan. Das kann und sollte man nun auffächern und beleuchten. Eine Frage aber bleibt auch dann immer noch unbeantwortet (meine Tochter hat sie mir neulich gestellt): Liegen die anderen wirklich alle so schrecklich falsch?
 - Eine nicht veröffentlichte, europaweite **Meinungsumfrage der EU-Kommission** vor einigen Wochen hat offenbar erschreckende Ergebnisse zu Tage gefördert. Ein ganz erheblicher Teil der Befragten sieht Israel als eine wesentliche Bedrohung des Weltfriedens. Nun weiß ich auch, wie man gerade mit Meinungsumfragen manipulieren kann. Ich weiß wie Sie, dass von Israel keinerlei derartige Bedrohung ausgeht. Insofern liegen diese Befragten objektiv falsch. Aber – sie glauben es, und auch das ist ein Faktum, das nicht wegdiskutiert werden kann und mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Diese Hinweise verweisen auf verschiedene Ursachen. Eine aber ist allen gemeinsam:

Der palästinensische Terror, auf den nach meiner Beobachtung die israelische Politik noch keine langfristig überzeugende Antwort findet. Dies führt zu einer beträchtlichen Erosion des Vertrauens, jener unerlässlichen Grundlage für mentale, soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität.

Eine mehrjährige Fortdauer des gegenwärtigen, für die meisten Israelis und ihre Freunde unerträglichen Schwebezustandes muss in absehbarer Zeit zu **bitteren Alternativen** führen:

- Eine **Vertreibung von Palästinensern** aus ihrer Heimat. Sie wird in Israel nur von einzelnen Radikalen ins Gespräch gebracht. Diese Alternative scheidet aus.
- Eine weitgehende, allerdings erzwungene **Integration Palästinas und der Palästinenser in das israelische Staatsgebiet**. Dies müsste entweder die Demokratie in Israel oder den jüdischen Charakter des Staates zerstören. Diese Alternative scheidet also ebenfalls aus, obwohl sich Teile der israelischen Siedlerbewegung dies vorstellen können.
- Eine andauernde faktische Herrschaft Israels über die Palästinensergebiete, also ein Zustand, den Avi Primor und andere als „**Bantustan**“ -Lösung bezeichnet haben. Diese Alternative sollte ebenfalls ausscheiden, ist aber leider nicht so ganz unwahrscheinlich, auch wenn Äußerungen von Premierminister Sharon aus den letzten Tagen den Himmel ein wenig aufhellen.

Natürlich müsste der gegenwärtige Schwebestand auch für den normalen Palästinenser in Gaza oder Jenin unerträglich sein. Aber – ist er es wirklich? Die **Herrschaft von Arafat und seinen Helfern** hat einen **Repressionsapparat** geschaffen, der es überaus schwer macht, diese Unerträglichkeit offen zu artikulieren. Religiöser Fanatismus, die Terrorstrukturen, aber auch soziale und wirtschaftliche Not steuern die ideologische Unterfütterung bei. Mittlerweile wird die bewaffnete „Intifada“ wohl von der Mehrheit der Palästinenser gut geheißen, trotz ihrer verheerenden Wirkungen für diese Menschen selbst.

Sollte sich nichts ändern – **Arafat und seine Feinde können warten**. Daran ändert auch die überraschend mutige Haltung von Premierminister Kureia wenig. Das Endziel ist, und das will ich bewusst ganz nüchtern formulieren, die **Beendigung des jüdischen Experiments**, die **Beseitigung des jüdischen Staates und dessen Auflösung in ein großes Palästina**. In ihm würden dann, was den Umgang mit religiösen Minderheiten, also auch mit den Juden angeht, höchstens die traditionellen Regeln der „Dhimma“ gelten, wie wir sie aus dem

maurischen Spanien, aus dem früheren Irak oder aus Marokko kennen.

Gegen diesen perversen **Rückfall in das tiefe Mittelalter** muss die zivilisierte Völkergemeinschaft aufstehen. Dies wird aber nur zu erreichen sein, wenn die Grundsätze des Völkerrechts, der Menschlichkeit und der Friedensbereitschaft auf allen Seiten voll respektiert werden.

Wir müssen eins ganz klar sehen:

Israel allein kann eine derartige, vielleicht jahrzehntelange Auseinandersetzung zwischen permanenter innerer Anspannung und äußerem Kampf **kaum bestehen**. Und die besondere Beziehung mit den USA wird auf Dauer auch nicht langen. Die strategische Partnerschaft zwischen beiden Staaten bleibt aus vielen Gründen absolut unverzichtbar. Sie ist eine notwendige Bedingung für Israels Zukunft, aber keine ausreichende.

Es muss deshalb eine Lage herbeigeführt werden, in der die Gemeinschaft der zivilisierten Völker so eindeutig Position beziehen kann, wie sie es zuletzt in den Jahren des Oslo – Prozesses getan hat.

Was nun könnten Markierungspunkte auf einem langen, beschwerlichen Weg sein? Ich möchte die aus meiner Sicht wichtigsten unter ihnen aufzählen.

Zunächst muss **unverrückbar** sein, dass der **Staat Israel eine völkerrechtlich fest gefügte Realität ist und bleibt**. Klare Rechtsgrundlage für den „jüdischen Staat“ ist der Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen aus 1947, dem sich in den Folgejahren viele Völkerrechtsakte beigesellt haben. Dahinter darf es, kann es kein Zurück geben. Wer das will, zerstört das Völkerrecht. Das muss auch all denen gesagt werden, die sich auch bei uns so gerne auf dieses Völkerrecht berufen, wenn es ihnen in den Kram passt.

Der gleiche Teilungsbeschluss von 1947 hat allerdings auch die Errichtung eines „arabischen Staates“ auf dem Territorium des ehemaligen palästinensischen Mandatsgebietes vorgesehen.

Der Palästinenserstaat bleibt auch von daher eine rechtlich und historisch zwingende Notwendigkeit. Dabei übersehe ich keineswegs, dass es die arabisch-palästinensische Seite ist, die den damaligen Teilungsbeschluss nicht akzeptiert hat und bis heute die damit verbundene völkerrechtliche Anerkennung Israels ablehnt (von Ägypten und Jordanien einmal abgesehen). Ein Palästinenserstaat ist also nicht am Widerstand Israels, sondern an der Uneinsichtigkeit der arabischen Seite gescheitert.

Im Zusammenhang mit der Errichtung eines demokratischen und rechtsstaatlichen Palästinenserstaates wird sich Israel dann weitestgehend auf die **Grenzen von 1967** zurückziehen müssen. Dies schließt kleinere Grenzkorrekturen ebenso wenig aus wie eine gemeinsam vereinbarte Lösung für ein geeintes Jerusalem. Im Klartext bedeutet das, dass die allermeisten Siedlungen aufgegeben werden müssen. **Die Siedlungspolitik bleibt vielleicht der schwerwiegendste Irrtum der israelischen Politik seit 1967.** Und die Pflichten, die Israel mit der „road map“ übernommen hat, dürfen ebenfalls nicht unter den Tisch fallen.

Damit all dies geschehen kann, muss allerdings zunächst, unabdingbar und vollständig **dem palästinensischen Terror ein Ende** bereitet werden. Für ihn gibt es kein Aufrechnen, keinerlei Rechtfertigung, keine religiöse, keine ideologische, keine politische und schon gar keine rechtliche.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge wird keine palästinensische Regierung (auch nach oder ohne Arafat!) die Kraft haben, den Terror und seine Strukturen zu beseitigen. Das haben die Monate seit der Unterzeichnung der „road map“ gezeigt. Ich fürchte, dass auch Kureia das nicht schafft, auch wenn er eine faire Chance erhalten muss. Eine „Hudna“, was wir fälschlicherweise immer mit „Waffenstillstand“ übersetzen, kann allenfalls eine ganz kurzfristige Zwischenlösung sein.

Ein weiterhin einseitiges Vorgehen Israels aber muss die schwerwiegenden Folgen, von denen ich eingangs gesprochen

habe, weiter verfestigen. Deshalb spreche ich mich, falls auch Kureia nicht wirklich weiterkommt, für **ein direktes Eingreifen des „Quartetts“ in den palästinensischen Autonomiegebieten aus**, also der UNO, der USA, der EU und Russlands. Dieses Eingreifen muss „friedensschaffende“, also den Terror beseitigende Maßnahmen einschließen. Anders wird es nach meiner Überzeugung nicht gehen.

Gegen diesen Vorschlag können, das ist wohl wahr, zahlreiche Einwände vorgebracht werden. Ich kenne sie. Nur – so lange als Gegenvorschlag diplomatische Floskeln wie „Zurück an den Verhandlungstisch“ oder ein achselzuckendes „Weiter so wie bisher“ angeboten werden, kann ich die Einwände nicht wirklich ernst nehmen. Für mich gilt: Jedes Terroropfer klagt an – auch uns!

Wenn nun diese Grundprobleme durch eindeutige, unwiderrufliche und bedingungslose Erklärungen und Beschlüsse in Jerusalem und Ramallah geklärt sind, kann **anhand der „road map“ weiter verfahren** werden. Und begleitende Beratungsergebnisse, wie etwa die **„Genfer Erklärung“**, stellen eine gute Grundlage für die Lösung derjenigen Probleme dar, die in der „road map“ nicht explizit angesprochen worden sind. Sie beruhen übrigens im Wesentlichen auf dem Verhandlungsstand, der im Sommer 2000 in Camp David schon einmal erreicht schien. Ich plädiere also für ein Verknüpfen der „road map“ und der „Genfer Erklärung“.

Auf dem Wege der „road map“ sollte es rasch zu **vertrauensbildenden Maßnahmen** kommen, damit für beide Völker die „Friedensdividende“ wieder sichtbar wird. Auf diese Weise könnte auch ein Zustand erreicht werden, der den jetzt errichteten **Schutzzaun** wieder überflüssig machen würde.

Wir Deutsche wissen, auch wenn die beiden Fälle nicht vergleichbar sind, aus eigener Erfahrung, was Zäune und Mauern anrichten und wie wenig sie wirklich bewirken können.

Der von mir skizzierte Weg setzt allerdings auch voraus, dass es endlich wieder zu einem breit angelegten, ehrlichen und freimütigen **Dialog zwischen Israel und der Europäischen Union** kommt. Hier ist auf beiden Seiten die Zahl der (bewussten oder unbewussten) Missverständnisse über die letzten Jahre so sehr angewachsen, dass sie, siehe nicht nur die erwähnte Meinungsumfrage, zu gefährlichen Vorurteilen werden können. Ich glaube, **die Europäische Union sollte, übrigens unter Einschluss der Parlamente und wichtiger Nicht-Regierungsorganisationen, für einen derartigen Dialog die Initiative übernehmen.** Ich halte ihn, im Unterschied zu einigen anderen Fragen, ganz eindeutig für eine „Chefsache“.

Die EU sollte diese Initiative auf einen substantiellen, auf lange Jahre ausgerichteten und einwandfrei kontrollierten **Hilfs- und Entwicklungsplan für Palästina** ausdehnen. Wir alle müssen wissen: Ein Palästinenserstaat wird auf mehr als eine Generation hinaus aus eigener Kraft nicht überlebensfähig sein. Wer hier A sagt (also „Ja“ zu diesem Staat), der muss auch bereit sein, B zu sagen (also „Ja“ zu einem Hilfs- und Entwicklungsprogramm)!

Natürlich müssen die Mindestanforderungen an eine exakte Rechnungslegung erfüllt werden, müssen wir aus den Erfahrungen mit den 90er Jahren Lehren ziehen. Aber- wir müssen auch eine Situation überwinden, in der **große Kassen** in den Händen Arafats oder der Terrororganisationen sind.

Dabei muss man auch schon einmal das diplomatische Korsett in Brüssel abstreifen. Und so wie Frankreich traditionell die **treibende Kraft** in der Gemeinsamen Agrarpolitik ist, sollte es **Deutschland in Fragen der europäischen Nahost- und insbesondere Israelpolitik** sein (Unser Außenminister hat hierfür wertvolle Grundlagen gelegt). So würden wir unserer besonderen geschichtlichen Verantwortung wohl am besten gerecht werden.

Zudem ist es erforderlich, dass die **Vereinigten Staaten** ihrer besonderen Verantwortung ebenfalls gerecht werden. Sie haben im Verlauf des Oslo-Prozesses, insbesondere aber bei der „road map“ eine herausragende und vorzügliche Rolle gespielt. Diese „**road map**“ ist immerhin eine **Gemeinschaftsarbeit** der USA, der EU, Russlands und der Vereinten Nationen gewesen.

Zwischenzeitlich hatte Washington dann den Eindruck aufkommen lassen, als handele es sich hier um „**Bush's road map**“. Das ist wohl einer gewissen amerikanischen Vollmundigkeit aus dem vergangenen Frühjahr zuzuschreiben, die mittlerweile wieder einer besonneneren Haltung Platz gemacht hat.

Heute allerdings hat man zunehmend den Eindruck, als ob die US-Regierung über den irakischen Schwierigkeiten und dem heraufziehenden Präsidentschaftswahlkampf das Nahostproblem ins Tiefkühlfach stecken wolle. Das wäre fatal, denn **der Frieden kann nicht warten!** Ich jedenfalls werde nie vergessen, wie Präsident **Clinton** bis zum letzten Tag seiner Amtszeit um genau diesen Frieden gerungen hat. Er hat sich damals nicht nur als Politiker, sondern als Staatsmann gezeigt.

Es gibt aber noch einen zweiten Punkt, der vor dem von mir geschilderten, düsteren Hintergrund unsere Freunde in Israel vor weitreichende Entscheidungen stellt. Ich meine **das Verhältnis zu den israelischen Arabern**.

Ich habe bereits erwähnt, dass ich an der Universität Haifa aktiv bin und dort seit gut zwei Jahren das Amt des Chairman des Board of Govenors bekleide. Diese Universität (in der übrigens in aller Stille auch wichtige gedankliche Vorarbeiten für den Oslo – Friedensprozess geleistet worden sind) stellt den weltweit größten Treffpunkt zwischen Juden, Drusen, Christen und Mohammedanern dar. Knapp 20% unserer Studenten sind Araber; 2 ½ Tausend Araberinnen und Araber kommen jetzt jeden Tag auf unseren Campus.

Natürlich ist das tägliche Zusammenleben auch dort nicht frei von Schwierigkeiten. Wir leben schließlich nicht in einer Raumkapsel und sollten das als Universität auch nicht.

Dennoch sind wir stolz darauf, dass dieses Zusammenleben funktioniert und dass größere Spannungen vermieden werden konnten – trotz der teuflischen Terroranschläge, die auch Haifa nicht verschont und unter den Universitätsangehörigen bereits mehrere Opfer gefordert haben.

Es geht also! Es geht allerdings nur, wenn der Umgang durch die unbedingte Achtung vor der Würde des jeweils anderen geprägt ist und wenn man sich gemeinsame, konkrete Ziele setzt.

Ach, ließen sich die Verhältnisse auf dem Karmel doch auf das ganze Land übertragen! Hier allerdings bleibt noch viel zu tun – und zwar von beiden Seiten. Viele, gerade auch ökonomisch und sozial wichtige Entscheidungen sind verzögert worden, viele Unterschiede bleiben noch auszugleichen – insbesondere auf den Feldern der Infrastruktur und der Bildung.

Arabische und jüdische Israelis leben viel zu sehr nebeneinander her. In ihrer überwiegenden Mehrheit begegnen sie sich erst dann, wenn ihre jeweilige Sozialisierung bereits abgeschlossen ist, dazu noch häufig in einer konfrontativen Situation. Auch das befördert Vorurteile.

Sie können gefährlich, ja explosiv werden. Deshalb müssen wir dabei helfen, dass sie jetzt! bekämpft werden. Es ist wunderschön, dass die **Deutsch-Israelische Gesellschaft** über ihren „**Friedenspreis**“ hier einen bescheidenen Beitrag leistet. Wir dürfen nicht in unseren Bemühungen nachlassen, auch andere von der Richtigkeit und der Wichtigkeit unseres Tuns zu überzeugen.

Amos Oz hat zu Recht einmal festgestellt, dass **Frieden zwischen Feinden** geschlossen werden muss. Das weist auf die Vorsicht, die Nüchternheit und den Bedacht hin, mit dem alle Beteiligten diesen Prozess anzugehen haben.

Shimon Peres hat einmal sinngemäß gesagt, dass **Friedensprozesse dem Navigieren in unbekanntem Gewässern gleichen**, dass sie aber im Vertrauen auf die eigene Stärke in Gang kommen müssen.

Er hat mit „Stärke“ nicht die militärische gemeint, ohne deren Bedeutung klein schreiben zu wollen. Er hat vielmehr die innere, die mentale Stärke gemeint, aus der allein die Bescheidenheit, der Mut, die Geduld und die Zuversicht erwachsen, einen derart schwierigen Prozess auch durchzustehen.

Was mich im Innersten betrübt, ist die Beobachtung, dass diese innere Stärke vielen israelischen Freunden allmählich abhanden zu kommen scheint. Vielleicht ist dies das furchtbarste Resultat des Terrors.

Aus Liebe zu Israel und seinen Menschen müssen wir nach meiner festen Überzeugung alles tun, um ihnen beim Wiedergewinnen dieser inneren Stärke solidarisch beizustehen und zu helfen.

Nun mögen Sie mir zweierlei entgegenhalten.

Sie mögen mir den Vorwurf machen, dass ich auf eine geradezu weltfremde Art **optimistisch** sei. Sie mögen darauf verweisen, dass es einen hinreichenden Willen zu Frieden und Verständigung auf palästinensischer und arabischer Seite nicht gebe.

In der Tat – Sie könnten Recht haben, auch wenn ich das nicht glaube. Aber selbst wenn ich einmal annehme, dass Sie Recht haben, bleibe ich bei meiner Auffassung. Wenn wir unterstellen müssen, dass sich Israel auf einen lang andauernden Existenzkampf einzustellen, müssen wir unseren Freunden dabei helfen, ihn zu bestehen. Und zum Erfolg in diesem Kampf gehört auch, dass man die Herzen und die Seelen der Menschen in der weiten Welt, und in Deutschland im besonderen, gewinnt. Es geht auch um diesen Kampf und um den **„Krieg der Bilder und Assoziationen“**. Wir sind davon überzeugt, die besseren Argumente auf unserer Seite zu haben. Das aber hilft nur begrenzt, wenn die anderen über die Bilder und die Emotionen herrschen!

Die Begeisterung nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 oder die tiefe Erleichterung nach dem Yom Kippur Krieg vom Oktober 1973, die lassen sich nicht einfach reproduzieren. Aber – wenn Israel der Welt wie damals überzeugend zeigen kann, wer hier eigentlich der Feind eines gerechten Friedens ist, dann ist dieser große Kampf bereits zur Hälfte gewonnen.

Sie mögen mir zweitens vorwerfen, ich mischte mich in **innerisraelische Angelegenheiten** ein. Das tue ich in der Tat, wenn auch nur mit meinen Gedanken. Und diese Gedanken oder meinen Mund soll ich mir selber verbieten? Das kann ich nicht, und das werde ich auch nicht tun. Für mich ist Solidarität (die in dieser bedrängten Lage notwendiger ist denn je!), auch wenn sie in unserer besonderen Verantwortung für eine gemeinsame Geschichte wurzelt, letztendlich ein Akt der Freiwilligkeit. Sie kann nicht erzwungen werden, auch nicht auf dem Umweg über eine fragwürdige „political correctness“. Für die Freundschaft, die mir Israelis entgegenbringen, bin ich aus tiefstem Herzen dankbar. Aber auch diese Freundschaft konnte und kann sich nur auf gegenseitige Offenheit und Ehrlichkeit gründen.

Ich hoffe deshalb auf Ihr Verständnis, wenn ich heute Abend aus meiner formalen Rolle herausgetreten bin und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Manfred Lahnstein